

3032/J XXII. GP

Eingelangt am 12.05.2005

Dieser Text ist elektronisch textinterpretiert. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

der Abgeordneten Ing. Kaipel

und Genossen

an die Bundesministerin für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz
betreffend **Bevorzugung von Betrieben bei öffentlichen Aufträgen**

Laut verschiedenen Medienberichten vom 10. Mai 2005 forderten Sie bei einer „BZÖ-Klausur“ steuerliche Anreize für familienfreundliche Betriebe, die Sie auch bei öffentlichen Aufträgen bevorzugen wollen.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten deshalb an die Frau Bundesminister für soziale Sicherheit, Generationen und Konsumentenschutz nachstehende

Anfrage

1. An welche steuerlichen Anreize für welche Betriebe denken Sie konkret und im Detail?
2. Welche Betriebe (nach Betriebsgröße, Umsatz, Bilanzsumme, Mitarbeiterstand etc.) wollen Sie bei welchen öffentlichen Aufträgen wie konkret bevorzugen?
3. Was verstehen Sie genau unter „familienfreundlichen Betrieben“?
4. Welche Maßnahmen haben Sie bereits gesetzt bzw. welche Maßnahmen werden Sie wann setzen, um diese Ziele zu erreichen?
5. Welche Gesetzes- bzw. Verordnungsänderungen planen Sie bis wann?
6. Mit welchen Regierungsmitgliedern haben Sie bereits über diese Ziele wann mit welchem Ergebnis gesprochen bzw. wann werden Sie welche Regierungsmitglieder in der gegenständlichen Sache kontaktieren?